

»Jeder Weg besteht aus Einzelschritten.«

Als ich zum ersten Mal die 10 Thesen zum Gewaltverzicht gelesen habe, habe ich zunächst überlegt, wie für mich der Begriff Gewaltverzicht definiert ist. Er gehört für mich in die (stark sozialdemokratisch geprägte) Friedenspolitik zur Zeit des Kalten Krieges. Entsprechende Definitionen finden sich noch heute: »Gewaltverzicht war die deutsche Idee im Kalten Krieg. Sie sollte die starke Sowjetunion gegenüber der schwachen Bundesrepublik verpflichten, ihre militärische Überlegenheit nicht anzuwenden.«^{*} Dazu kam die Debatte um einen Verzicht auf den Ersteinsatz von Nuklearwaffen bzw. die Drohung damit, die besonders intensiv zur Zeit der Proteste gegen den Nato-Doppelbeschluss vom 12.12.1979 bzw. die daraus resultierende Stationierung von Pershing II und Cruise missiles geführt wurde. Dieses Thema wurde im Herbst letzten Jahres in der Friedensdenkschrift der EKD wieder aufgegriffen, es ist in veränderter Form also nach wie vor aktuell.

In diesem Sinne hatte das, was Ullrich Hahn in These 3 konstatiert, »Wer eine wirksame Waffe besitzt, denkt im Konflikt von Anfang an schon an den Einsatz dieser Waffe, auch wenn er sie nicht sofort zieht«, über mehrere Jahrzehnte eine andere Bedeutung als heute. Die Bundeswehr war bis ca. 1990 eine Armee, deren Aufgabe es war, nicht zum Einsatz zu kommen. Es waren die Kultur der gegenseitigen Bedrohung, das Risiko eines Weltkriegs aus Versehen, die Feindbilder, die damals aufgebaut wurden, und die direkten und indirekten Kosten der immensen Rüstungsprogramme, die wir zu Recht kritisierten. Hätten wir vor 20 Jahren erwartet, dass das Ende des Kalten Krieges, auf das wir intensiv hingearbeitet haben, dazu führen würde, dass die Bundeswehr zu einer »Armee im Einsatz« wird? Ich zumindest habe damit nicht gerechnet.

Hier ist nicht der Ort, um die Geschichte der Bundeswehr-Einsätze seit 1992 nachzuzeichnen. Inzwischen macht sich Ernüchterung breit. Generalinspekteur Schneiderhan weist bei jeder sich bietenden Gelegenheit darauf hin, dass Militär keinen Frieden schaffen kann. Dass Militär eine wirksame Waffe sein könnte, um Konflikte konstruktiv zu bearbeiten oder Frieden zu schaffen, glaubt praktisch keiner mehr. Trotzdem rufen PolitikerInnen immer wieder nach Militäreinsätzen oder begründen, warum diese auf keinen Fall beendet werden können. Diesen Widerspruch sollten wir beharrlich aufzeigen.

Nun ist Ullrich Hahns Hauptthema aber nicht der rein sicherheitspolitisch definierte Gewaltverzicht, sondern die Gewaltfreiheit. »Es geht nicht um ein Mehr oder Weniger, um ein Vorher oder Nachher, sondern um ein Entweder-Oder, um ein gewaltfreies Leben und Handeln statt militärischer und anderer gewaltsamer Methoden in den zwischenmenschlichen und internationalen Beziehungen.« (These 8).

Können wir wirklich trennscharf sagen, ob eine Handlung militärisch bzw. gewaltsam oder gewaltfrei ist? War der Einsatz von Soldaten am Elbedeich während des Hochwassers 2002 ein Gewaltakt? Kann ich mich noch gewaltfrei nennen, wenn ich im Hauptberuf Beschäftigte einer obersten Bundesbehörde und damit Teil des Staates bin? Wir wissen spätestens seit Johan Galtung, dass wir in gesellschaftlichen Strukturen leben, die uns, ob wir es wollen oder nicht, zu einem Teil eines Weltwirtschaftssystems machen, das gegenüber den Menschen in der Dritten Welt extrem gewalttätig auftritt, in den meisten Fällen ohne den Einsatz von Militär. Wo kriege ich fair gehandeltes Benzin oder einen fair gehandelten Computer her? Mit was für Strom fährt der Zug, mit dem ich zu friedenspolitischen Tagungen fahre?

Ullrich Hahn hat in seinem Statement, auf das ich mich hier beziehe, neben gewaltfrei – gewaltsam drei weitere Gegensatzpaare formuliert:

Wahrheit vs. Taktik | Auftrag vs. Erfolg | Kooperation vs. Differenz

Ich möchte zu allen drei Begriffspaaren etwas anmerken.

Für jeden Menschen stellt sich die Wahrheit etwas anders dar. Zentraler Bestandteil jeder konstruktiven Konfliktbearbeitung ist es, die Wahrheit des oder der jeweils anderen zu respektieren. Das hat nichts mit Taktik zu tun, trotzdem relativiert sich dadurch meine eigene Wahrheit. Möglicherweise verändert sie sich in diesem Prozess auch. Für mich ist es, anders als es Ullrich Hahn für sich selber formuliert, auch durchaus wichtig, in meiner politischen Arbeit Erfolge zu erzielen. Natürlich nicht dadurch, dass ich meine Ziele dem anpasse, was realisierbar erscheint, sondern indem ich herauszufinden versuche, welche konkreten politischen Forderungen Schritte in die richtige Richtung sein könnten und mich dann auf die konzentriere, die ich zum jeweiligen Zeitpunkt für durchsetzbar halte. Das erfordert einen langen Atem und viel Geduld. Und schließlich setze ich eher auf gezielte Kooperation als auf das Betonen von Differenzen.

^{*} Egon Bahr 1999 in einer Analyse der unterschiedlichen Sichtweise der europäischen Staaten und der USA für die „Zeit“ (www.zeit.de/1999/25/Das_Prinzip_Gewaltverzicht)

Es gibt viele Forderungen, die weit über die klassische Friedensbewegung hinaus akzeptiert sind. Es gibt breite Konsense gegen den Einsatz oder sogar gegen den Besitz von ABC-Waffen. Das vollständige Verbot von Landminen und Streubomben scheint zwar nicht sicher, aber doch denkbar. Rüstungsexporte werden breit kritisiert. Deutschland und andere europäische Länder haben sich 2003 geweigert, Truppen für den Irakkrieg zur Verfügung zu stellen. In all diesen Bereichen ist zwar noch ein weiter Weg zu gehen, aber die Richtung stimmt. Für Kooperationen gibt es für mich zwei entscheidende Fragen: Ist die politische Forderung, die gemeinsam gestellt wird, ein Schritt in die richtige Richtung? Wenn ja, besteht die Gefahr, dass sie mir andere Wege verbaut oder nicht? Es kann manchmal sinnvoll sein, nur einen Minimalkonsens zu formulieren, um keine Forderungen mittragen zu müssen, die aus eigener Sicht kontraproduktiv sind.

Wir wissen ja sehr genau, dass Frieden kein Zustand, sondern ein Prozess ist. Dasselbe gilt für Abrüstung, und es gilt auch für Konflikttransformation unterhalb der Ebene militärischer oder sonst wie physisch manifester Gewalt. Ein Weg ist durch Zwischenschritte charakterisiert, ein Prozess durch Zwischenziele. Not, Unfreiheit und Gewalt sind meist eng miteinander verknüpft. Sie lassen sich weder alle drei auf einen Schlag abschaffen noch jeweils einzeln betrachten. Wie können Prozesse zur synchronen Reduzierung von Not, Unfreiheit und Gewalt angestoßen oder gefördert werden? Welche Mittel sind dafür tauglich, welche Akteure können diese Prozesse vorantreiben oder aber behindern?

Wir haben in der Friedensbewegung nicht nur gelernt, dass Frieden ein Prozess ist. Wir haben auch gelernt, dass eine erfolgreiche Konflikttransformation bedeutet, dass die Konfliktparteilichen sich darauf einlassen, die Beweggründe der anderen Beteiligten, ihre Anliegen und Bedürfnisse wahrzunehmen und ernsthaft zu prüfen, was davon berechtigt ist, wenn sie sich zumindest versuchsweise auf die Perspektive der anderen einlassen. Jede(r) von uns kennt Menschen, die ursprünglich unsere pazifistischen Positionen teilten und auf Grund der Ereignisse in Bosnien-Herzegowina oder angesichts der Menschenrechtsverletzung im Kosovo zu BefürworterInnen militärischen Eingreifens geworden sind. Wie gehen wir unter Berücksichtigung unserer eigenen Prinzipien mit diesen Menschen um? Was hat sie zu ihrem Umdenken bewogen? Nehmen wir sie so ernst, wie wir umgekehrt von ihnen ernst genommen werden möchten? Was geht in einem jungen Mann vor, der als freiwillig längerdienender Wehrpflichtiger oder als Zeitsoldat in Bosnien-Herzegowina, im Kosovo oder in Afghanistan war oder ist? Warum stimmen Abgeordnete der SPD oder der Grünen für Rüstungsexporte oder Militäreinsätze, die von der

Mehrheit der Mitglieder ihrer Parteien abgelehnt werden? Wenn ich mit PolitikerInnen diskutiere und feststelle, dass sie wie ich – allerdings von anderen Grundpositionen aus – einen finanziellen und personellen »Vorrang für Zivil« für einen Schritt in die richtige Richtung halten, darf ich diesen Schritt dann mit ihnen gemeinsam gehen oder muss ich sagen: »Ich arbeite mit niemandem zusammen, der meine Grundposition nicht vollständig teilt?« Wenn es 1998 genug OSZE-BeobachterInnen gegeben hätte, vielleicht sogar mit einer Ausbildung, wie sie das ZIF, die schwedische Folke-Bernadotte-Akademie inzwischen anbieten oder gar als ausgebildete Friedensfachkräfte, hätte es einen Ausweg aus dem Dilemma gegeben, das heute von vielen damals beteiligten Grünen als »Wahl zwischen zwei falschen Alternativen« bezeichnet wird (wobei wir inzwischen wissen, dass sie ihre Entscheidung auf Grund gezielter Falschinformationen getroffen haben, aber das nur nebenbei). Ich vermute, dass der Kosovo-Krieg mit dem heutigen Instrumentarium zivilen Eingreifens hätte verhindert werden können, weil wir den maßgeblichen politischen Akteuren einen auch aus ihrer Sicht praktikablen dritten Weg hätten aufzeigen können. Die Suche nach kreativen dritten Wegen, die etwas qualitativ Neues darstellen, ist für mich das Reizvolle am Aufeinandertreffen verschiedener Positionen. Es setzt voraus, dass verschiedene Positionen explizit ausformuliert werden, so wie es Ullrich Hahn mit seinen »10 Thesen zum Gewaltverzicht« gemacht hat.

Als wir im BSV-Vorstand vor gut einem Jahr die Idee für »Vorrang für Zivil« formulierten, hatte ich keine Ahnung davon, welche Diskussionen wir mit dem Begriff »Vorrang« auslösen würden. Aber unter dem Strich ist herausgekommen, dass die, die sich für dieses Projekt zusammen gefunden haben, sorgfältiger nachgedacht und formuliert haben als das ohne die kritischen Rückfragen der Fall gewesen wäre, und dafür bin ich dankbar. Wir haben das Konzept für »Vorrang für Zivil« in diesem Frühjahr verändert, weil sich eine klassische Kampagne nicht als realisierbar erwies. Stattdessen zeichnet sich etwas ab, was als eine Art gemeinsames Dach für gleichgerichtete Aktivitäten verschiedener Gruppen bezeichnet werden könnte. Die Grundidee ist, das Gemeinsame vieler verschiedener Aktivitäten im Bereich ziviler Krisenprävention/gewaltfreier Konflikttransformation sichtbar und sie damit wirksamer zu machen. Alle Organisationen, die Materialien, Veranstaltungen usw. in ihrem Programm haben, die zu »Vorrang für Zivil« passen und die bereit sind, sie unter dieses Motto zu stellen, sind herzlich dazu eingeladen.

Ute Finckh ist Vorsitzendes BSV (Bund für Soziale Verteidigung) und Mitglied der Forum Pazifismus-Redaktion.